

Für soziale Gerechtigkeit und umfassende Demokratie in Rheinberg

Programm zur Kommunalwahl 2009

DIE LINKE.

Ortsverband Rheinberg/Alpen

Vorwort

DIE LINKE steht für eine soziale, solidarische und ökologische Politik. Wir verstehen uns als Alternative zu den etablierten Parteien und deren Wirtschafts-, Gesellschafts- und Stadtentwicklungspolitik. Das Leben in Rheinberg verändert sich durch eine fortschreitende soziale Spaltung in Reich und Arm. Immer mehr Menschen müssen für Niedriglöhne arbeiten oder sind erwerbslos. Dies führt zur Verarmung und Spaltung, Ausgrenzung und Demütigung. Wir setzen uns dafür ein, dass in Rheinberg niemand in die soziale Isolation gedrängt wird. Für alle muss gleiche soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe gesichert werden.

DIE LINKE tritt in Rheinberg ein für:

Statt Armut – menschenwürdiges Leben für alle!

Keine Zwangsumzüge!

Förderung unabhängiger Arbeitslosenberatung!

Sozialtarife für Strom, Gas und Kontoführung!

Einen gesetzlichen Mindestlohn von 10€ und armutsfeste Renten!

Gute Arbeit-Gute Löhne-Gute Rente!

Umwandlung von Mini- und 1-Euro-Jobs in existenzsichernde sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse!

Arbeitszeitverkürzung statt Personalabbau!

Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist an soziale und ökologische Bedingungen zu binden!

Bildung für alle!

Gebührenfreie Kindertagesstätte!

Flächendeckend Ganztagschulen!

Eine Schule für alle!

Sozialticket !

Menschen, die arbeitslos oder Geringverdiener sind, oder Grundsicherung beziehen, sollen ein ermäßigtes Ticket für 15 Euro monatlich zur Nutzung des Öffentlichen Personen Nahverkehrs erwerben können!

Keine Privatisierungen!

Rekommunalisierung der NIAG!

Erhalt des Bauhofs in kommunaler Hand!

Öffentlich geht vor privat!

1. Für ein soziales und ökologisches Rheinberg!

Ziel der Stadtentwicklung ist für **DIE LINKE** ein lebenswertes und lebendiges Rheinberg für alle. Verkehrsplanung, Wohnungsbau, Naherholung, öffentliche Einrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten müssen auf die Bedürfnisse der Bevölkerung ausgerichtet sein.

Energieeinsparung hat für **DIE LINKE** auch in den Städten Vorrang.

Die Energieversorgung muss dezentralisiert werden. Hierbei muss die Kraft-Wärmekopplung genutzt werden. Erneuerbare Energien sind zu bevorzugen.

DIE LINKE steht für ein nachhaltiges Flächenmanagement: sozialverträgliche Nachverdichtung, statt Zersiedelung der Landschaft; Umnutzung alter Gewerbeflächen statt Ausweisung neuer Gebiete. Schlüsselgrundstücke gehören unter öffentlicher Kontrolle – gehören in öffentlichen Besitz.

Für **DIE LINKE** gehört zu den Grundvoraussetzungen sozialer Sicherheit und Menschenwürde eine sichere, finanzierbare, dem Bedarf entsprechende Wohnung. Soziale Wohnungspolitik heißt für uns deshalb: Ausweitung des öffentlichen Wohnungsbestandes in Rheinberg! Hierbei muss auch in Zukunft sichergestellt sein, dass beispielsweise die Reichelsiedlung ein attraktives Wohngebiet für jung und alt wird.

Das kommunalpolitische Handeln in Rheinberg muss konsequent auf Nachhaltigkeit im Sinne der Lokalen Agenda 21 hin ausgerichtet sein.

Einsparungen bei Bus und Bahn treffen besonders Jugendliche, ältere Menschen und solche, die sich kein Auto leisten können. Da viele Frauen heute immer noch am meisten zu Fuß, mit dem Rad oder öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sind, ist ihre Mobilität deutlich eingeschränkt.

DIE LINKE will den motorisierten Individualverkehr zurückdrängen zugunsten des Umweltverbundes von Fahrrad, Bus und Bahn. Die Bereitstellung eines bezahlbaren öffentlichen Personenverkehrs ist für uns sowohl eine soziale als auch eine ökologisch wichtige Aufgabe für Politik und Verwaltung in Rheinberg.

Für die ländlichen Stadtteile braucht es intelligente Nahverkehrskonzepte mit besseren Anschlüssen zu den umliegenden Städten und längeren Fahrtzeiten.

Der öffentliche Personenverkehr gehört zur allgemein öffentlichen Grundversorgung. Die öffentlichen Hand muss die Mobilität für die Menschen sichern.

Die NIAG ist somit zu 100% zu rekommunalisieren, damit Angebotsentwicklung und Preise wieder voll unter demokratischer Kontrolle gelangen.

DIE LINKE tritt in Rheinberg ein für:

- Erbpacht vor Verkauf;
- ein kommunales nachhaltiges Flächenmanagement;
- sinnvolle Nutzung von Freiflächen. Sozialverträgliche Nachverdichtung;
- Zurückhaltung beim Bauen im Außenbereich (§35 Baugesetzbuch). Hier müssen weiterreichende Kommunale Normen entwickelt werden;
- die kritische Überprüfung von Siedlungsausweisungen in Flächennutzungs- und Bebauungsplänen unter Bedarfs- und Folgegesichtspunkten;
- die Zusammenführung von Arbeit, Wohnen und Freizeit, statt weiterer Zersiedlung;
- konsequente Beteiligung von allen Menschen, insbesondere Frauen und Behinderten bei der Stadtplanung und lokalen Entscheidungen über die gesetzlichen Vorschriften hinaus;
- die Stärkung des öffentlichen, sozialen Wohnungsbau vor Eigenheimsiedlungen;
- Mobilität für Alle, denn Mobilität ist ein Grundrecht. Initiativen zu mehr Teilhabe von Menschen ohne Auto an Mobilität müssen her. Dazu gehören Sozialtickets, Jugend- und Seniorentarife, Firmen- oder Jobtickets sind attraktiver zu gestalten;
- eine Vorbildfunktion der Stadtverwaltung und stadteigener Firmen bei der Bereitstellung von Firmentickets;
- eine deutliche Erhöhung des öffentlichen Personennahverkehrs. Hierzu müssen Verkehrspläne aufgestellt bzw. angepasst werden, die verbindliche Ziele, sozial-ökologische Schritte und attraktive Angebote enthalten;
- den Erhalt demokratischer Kontrollmöglichkeiten von den Menschen in Rheinberg über den öffentlichen Verkehr durch Rekommunalisierung der NIAG;
- Für Energiepläne bei der Stadtverwaltung und stadteigenen Unternehmen, die binnen fünf Jahren zu einer Senkung des Energieverbrauchs um mindestens ein Drittel führen. Es werden Leitlinien eingeführt, die den Belangen des Natur-, Umwelt- und Klimaschutzes verbindlich Rechnung tragen;
- Das Verbot gentechnisch veränderter Pflanzen auf städtischen Flächen!

2. Statt Armut – menschenwürdiges Leben für alle!

Die Kluft zwischen Arm und Reich ständig größer. Das hat eine immer stärkere Ausgrenzung sowie soziale und kulturelle Verarmung zur Folge. Deshalb hat der Kampf gegen Armut für **DIE LINKE** oberste Priorität.

Durch Hartz IV und durch einen ständig wachsenden Niedriglohnsektor ist das Ausmaß von Armut erheblich verschärft worden und wird sich durch die bevorstehende Rezession noch verstärken.

Besonders betroffen sind Familien mit Kindern. Über drei Millionen Minderjährige gelten in Deutschland als einkommensarm. Die Kinderarmut steigt.

Diese gewollten, von der Partei **DIE LINKE** bekämpften gesellschaftlichen Verhältnisse in einem der reichsten Länder der Erde sind ein Skandal.

Immer mehr Beschäftigte können nicht von ihrer Arbeit leben und viele erhalten ergänzendes Arbeitslosengeld II. Befristete Beschäftigung, Zeitarbeit und Teilzeitjobs nehmen von Jahr zu Jahr zu.

ALG II-Empfänger werden in 1 Euro-Jobs gezwungen. „1 Euro-Jobber“ haben dieselben Aufgaben wie sozialversicherungspflichtig Angestellte und Arbeiter zu verrichten, werden dabei aber weder durch einen Betriebsrat o.ä. vertreten und haben keinen Anspruch auf Sozialräume.

Das erhöht den Druck auf Arbeitslose und alle Beschäftigten und schwächt zugleich die Gewerkschaften und unsere soziale Gesellschaftsstruktur; selbst immer mehr Vollzeitbeschäftigte können von ihrem Lohn nicht mehr leben.

DIE LINKE will in Rheinberg Rahmenbedingungen schaffen, damit existenzsichernde und sozial abgesicherte Arbeitsplätze eingerichtet werden (siehe Kapitel Arbeit).

Menschen in Armut leben häufig in Wohnungen mit schlechter Qualität oder sogar in einer die Gesundheit gefährdenden Umgebung. Diese unmenschlichen Zustände sind unlängst auch in Rheinberg öffentlich aufgezeigt worden.

Grundsätzlich darf aber niemand wegen ALG II aus seiner Wohnung vertrieben werden. Bei den Kosten der Unterkunft sind die gestiegenen Mieten und Nebenkosten voll zu berücksichtigen. Alternative Wohnformen und genossenschaftliche Projekte müssen gefördert werden; Mieterinteressen sind zu begleiten.

DIE LINKE tritt in Rheinberg ein für:

- einen öffentlich geförderter Beschäftigungssektor;
- neue Angebote der kommunalen Daseinsvorsorge, wie z. B. kommunale Sozialtickets für Bus und Bahn, Schwimmbäder und Sozialtarife für Strom und Gas;
- Lernmittelfreiheit und kostenloses Mittagessen in Tageseinrichtungen und allen Schulen bis zum Abitur;
- die regelmäßige Erstellung eines Armutsberichtes und stadtteilorientierter Sozialraumanalysen für Rheinberg;
- den Ausbau öffentlich finanzierter sozialer Beratungsstellen und kreisweite Anbindung an die Arbeitslosenzentren der anderen Kommunen im Kreis Wesel.

3. Für den Ausbau kommunaler Politik!

DIE LINKE setzt sich für direkte Demokratie, nämlich den Ausbau von Entscheidungsbefugnissen und Mitwirkungsmöglichkeiten der Menschen ein. Deshalb tagt **DIE LINKE** in den Kommunen Nordrhein-Westfalens grundsätzlich beteiligungsoffen, sofern dies rechtlich zulässig ist.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass in Rheinberg der Bürgerhaushalt eingeführt wird.

Sobald wie möglich muss der gesamte Haushalt in einem regelmäßigen Beteiligungsverfahren aufgestellt werden. Denn so wird eine direkte Mitwirkung der Menschen an der Schwerpunktsetzung möglich. Das ist das demokratische Gegenteil zu bloßer Information über eine schlechte Finanzlage oder die reine Abschiebung von Verantwortung.

Beim Beteiligungsverfahren muss darauf geachtet werden, dass soziale Minderheiten besonders berücksichtigt und nicht außen vor gelassen werden.

DIE LINKE will die Menschen direkt über Angelegenheiten von großer Tragweite entscheiden lassen. Bürgerbegehren müssen aktiv von der Verwaltung unterstützt werden. Bürgerentscheide sollen zum normalen Handwerkzeug der politischen Gestaltung werden.

DIE LINKE tritt in Rheinberg ein für:

- Die Stärkung der direkten Demokratie, durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheide – die Stadtverwaltung muss diese aktiv unterstützen;
- Service statt Ablehnung als Markenzeichen von Verwaltung im Umgang mit Bürgerinitiativen;
- Bürgerversammlungen zu wichtigen kommunalen Problemen;
- den Ausbau des öffentlichen Sitzungsteils des Stadtrates und seiner politischen Gremien, auch bei Beschlüssen, und die Offenlegung mandatsbezogener Nebeneinkünfte von Kommunalpolitikern, z.B. in Aufsichtsratsgremien oder von Managergehältern in Beteiligungsunternehmen und deren Begrenzung;
- Stärkung der Möglichkeiten von Betroffenen sich in die Stadtratsberatungen einzubringen;
- die Bildung von bürgerschaftlichen Nutzer- und Betroffenen-Beiräten auf allen wichtigen kommunalpolitischen Handlungsfeldern und bei Beteiligungsunternehmen. Dies umfasst z.B. Fahrgastbeiräte, Mieterbeiräte, Beiräte von Schwimmbädern, Arge-Beiräte;
- die konsequente Beachtung der Geschlechtergerechtigkeit, auch bei öffentlichen Leistungen des Stadthaushaltes. Dies muss bei den Ausgaben berücksichtigt und geschlechtsspezifisch dargestellt werden;

- die Einführung einer Quotierung bei der Wahl der Beigeordneten, sofern vergleichbar qualifizierte Bewerberinnen zur Verfügung stehen;
- unbürokratische und bürgerfreundliche Fragestunden. So können Informationsmängel aufgelöst und der Abstand zwischen Einwohnern und kommunalen Gremien verringert werden.

4. Gute Arbeit – Gute Löhne- Gute Rente

DIE LINKE wendet sich energisch gegen den Trend, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse durch Mini Jobs oder gar 1€ - Jobs zu verdrängen.

Wir bleiben bei dem Grundsatz: „Von Arbeit muss man leben können“.

Die Stadt hat vielfältige Möglichkeiten aktiv zu werden. Durch weitere Umgestaltung zu kundenorientierten Dienstleistungsunternehmen besteht sowohl bei der Stadtverwaltung, als auch bei den Tochterfirmen der Stadt, die Möglichkeit, Beschäftigung auszubauen. Hierzu bedarf es einer vorbildlichen Ausbildungsbereitschaft sowie eines integrierten Personalentwicklungskonzeptes, die beide mit dem Frauenförderplan abgestimmt sind.

Durch Investitionen in die Infrastruktur, kombiniert mit Ausschreibungen, die im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten sowohl ökologische als auch soziale Standards einfordern (wie Mindestlohn, Tariftreue...), kann Rheinberg auch bei Dritten zur Förderung und Sicherung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung beitragen.

Damit die positiven Auswirkungen zu einer Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe führen, sind alle Ausschreibungen so zu fassen, dass die regionale Wirtschaft sich bewerben kann.

Als weiteres Element der Wirtschaftsförderung dient die oben beschriebene effektive, gut ausgebildete Verwaltung, die in der Lage ist, durch schnelle Entscheidungen die Firmen in Rheinberg zu stärken und an die Stadt zu binden. Zudem muss die Wirtschaftsförderung der Stadt in Kooperation mit den Städten und Gemeinden im gesamten Kreis Wesel, sowie in enger Abstimmung mit der regional wirkenden Wirtschaftsförderung Metropole Ruhr des Regionalverbandes Ruhr, betrieben werden.

DIE LINKE lehnt eine Konkurrenz unter den Kommunen ab. Diese würde dazu führen, dass öffentliches Eigentum verschleudert wird. Mit Gewerbegrundstücken ist nachhaltig zu wirtschaften. Ein wesentlicher Bestandteil der Wirtschaftsförderung ist der Bestand der Sparkasse, deren Geschäftsmodell auf sicheren Spareinlagen und gesicherten Krediten zur Finanzierung des Investitionsbedarfs der heimischen Wirtschaft beruht.

DIE LINKE tritt in Rheinberg ein für:

- Den kompletten Stopp der Zuweisungen durch die ARGE des Kreises Wesel und der Stadt Rheinberg in 1 Euro-Jobs für ALG II - Bezieher und stattdessen die Umwandlung von 1 Euro-Jobs in existenzsichernde sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen;
- Ausbildung in der Stadtverwaltung und stadteigenen Betrieben über den Bedarf hinaus, sowie den konsequenten Ausbau von Arbeitsplätzen für Jugendliche, Ältere, Schwerbehinderte, Langzeitarbeitslose und Migranten;
- Die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors in Rheinberg mit sozial- und tariflich gesicherten Arbeitsplätzen;
- Tariftreue – Keine Umwandlung von Flächentarifverträgen in Haustarifverträge
- Die zwingende Koppelung der Vergabe öffentlicher Aufträge an Mindeststandards: Einhaltung der Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes, tarifvertraglicher Bestimmungen und des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes;
- Förderung mittelständischer Unternehmen in Rheinberg durch Gestaltung der Vergabe;
- Die Verbesserung der Standortqualität für Firmen und Unternehmen, die Förderung der Ansiedlung von Firmen für Zukunftstechnologien sowie die Weiterentwicklung des Unternehmensbestandes und somit die Schaffung neuer Arbeitsplätze;
- Nachhaltige Frauenförderung, keine Minijobs bei der Stadt und ihren Töchterbetrieben.
- DIE LINKE wird Einfluss auf die Kreis- und Landesebenen nehmen, um die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt Rheinberg zu stärken. Die öffentliche Daseinsvorsorge sowie Bildung und Kultur dürfen nicht dem Streben nach Erhöhung der Kapitalrendite unterworfen werden.

5. Grundschule und Elementarbereich Bildung !

DIE LINKE will, dass jedem Menschen in unserer Gesellschaft der Zugang zu Wissenschaft, Bildung, Kultur und Information ermöglicht wird. Bildung muss zum Ziel haben, Menschen in die Lage zu versetzen, selbstbestimmt, mitbestimmend, solidarisch ihren Platz in dieser Gesellschaft zu finden.

Bildung im Elementarbereich: für starke, freie, selbstbewusste Kinder!

Die Kindertagesstätten und Krippen sind nicht nur Betreuungseinrichtungen, sie legen die Grundlagen für späteres erfolgreiches Lernen. **DIE LINKE.** will Kindertagesstätten und Krippen, die nicht verwahren, sondern Räume schaffen, in denen Kinder von klein auf zu kompetenten und mündigen Menschen heranwachsen: stark, frei, selbstbewusst und sozial eingestellt.

Im Gegensatz dazu weist das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) in die falsche Richtung. Mit ihm werden Qualitätsstandards abgebaut, Elternbeiträge erhöht und das Personal prekären Beschäftigungsverhältnissen ausgesetzt. Das alles geschieht auf Kosten der Kinder, der Eltern, der Kommunen und vor allem der ErzieherInnen.

DIE LINKE tritt in Rheinberg ein dafür:

- Dass die öffentliche Hand die wohnortnahe, bedarfsdeckende und qualifizierte Versorgung mit Kindertagesstättenplätzen sichert;
- Dass Betreuungs- und Öffnungszeiten eine Berufstätigkeit von Müttern und Vätern ermöglichen, auch wenn diese ungünstige Arbeitszeiten oder zeitraubende Arbeitswege haben;
- Dass die Kita-Plätze gebührenfrei werden und in altersgemischten Kleingruppen Bildung von Anfang an sichergestellt wird;
- Dass die Kindertagesstätten, die sich zu Familienzentren zertifizieren lassen, fachliche Unterstützung von Seiten der Stadt und den zuständigen Fachbereichen erhalten, um den qualitativen Maßstäben im Rahmen der vorhandenen Ressourcen gerecht werden zu können.

Grundschulen wohnortnah: kurze Beine - kurze Wege!

In der Grundschule werden entscheidende Weichen für die Zukunft der Kinder gestellt. Dass schon hier Kinder in hohem Maß aussortiert werden, ist nicht zu verantworten.

DIE LINKE tritt in Rheinberg ein für:

- Den Erhalt aller Grundschulen, auch wenn sie kaum die Mindestschülerzahl für eine Klasse erreichen. Der Stadtrat muss sich bei Kreis und Land dafür einsetzen, die starren Mindestklassengrößen aufzuheben und die Regeln der Lehrerzuteilung für kleine Schulen zu ändern. Geringere Jahrgangsstärken müssen die selben Voraussetzungen erhalten wie geburtenstarke Jahrgänge;
- Einen geregelten, pädagogisch sinnvoll gestalteten Ganztagsunterricht für alle Schüler. Die Offenen Ganztagschulen sind erst ein Schritt in die richtige Richtung und müssen weiter ausgebaut werden. Sie dürfen sich nicht auf die Betreuung der SchülerInnen beschränken, sondern die individuellen Talente müssen entdeckt und gefördert werden. Gleichzeitig müssen schwächere SchülerInnen individuell, wirksam und ressourcenorientiert gefördert werden. Hier fordern wir die Einstellung von PädagogInnen, allerdings nicht in prekären Arbeitsverhältnissen;

- Integrative Schulen, I-Schulen, müssen gestärkt und bei Bedarf auch auf die ländlichen Stadteile ausgeweitet werden.
- Geschlechtsspezifische Angebote an Schulen zu schaffen, um somit Schülerinnen und Schülern schon früh einen geschlechtsreflektierten Lebens- und Lernweg zu ebnet (Gender Mainstreaming).
- Die Beschulung hat grundsätzlich in Form der offenen Ganztagsbeschulung zu erfolgen. Ein gesundes, ausgewogenes und kostenloses Mittagessen muss dabei für alle Kinder in der Ganztagschule gesichert sein.

Migrantenkinder brauchen spezielle Förderung!

Es besteht ein deutlicher Zusammenhang von Schulerfolg und Sprachbeherrschung. Kinder aus Familien in denen nicht Hochdeutsch die Familiensprache ist (Aussiedler oder Migrationshintergrund) haben hier besondere Schwierigkeiten, aber auch Chancen: Wir fordern, wo dies möglich ist, zusätzlich zum normalen Unterricht eine Förderung dieser Kinder durch muttersprachlichen Unterricht und durch Zusatzunterricht 'Deutsch als Fremdsprache', dies bereits ab dem Kindergarten.

Dazu brauchen die Schulen und Kindertagesstätten Unterstützung und Fortbildungen.

Ferner müssen PädagogInnen, wie SchulsozialarbeiterInnen oder –sozialpädagogInnen, additiv Themen mit Migrantenkindern reflektieren, welche sich als Problemfelder für diese Kinder herausstellen, um nachhaltig gesellschaftliche Partizipation und Gleichstellung zu sichern. Hierbei müssen die Erfahrungen und Methoden der freien Wohlfahrtsträger mit einbezogen und gebündelt werden.

Längeres gemeinsames Lernen nützt *allen* Schüler/innen! - „Eine Schule für *alle*“!

In der Bildungsforschung gibt es mittlerweile übereinstimmend die Forderung, dass längeres gemeinsames Lernen besser ist für ALLE Schüler/innen. Die Länder mit einheitlichen Schulsystemen haben sowohl in der Spitze bessere Leistungen, als auch ein höheres Niveau bei leistungsschwachen Schüler/innen als Deutschland. Der Unterricht im Klassenverband wird dafür stärker individuell differenziert. Das setzt allerdings kleinere Klassen voraus und erheblich intensivere Betreuung eines jeden einzelnen Kindes. Insbesondere, wenn man das Aussortieren von Kindern in den Sonder-/Förderschulbereich auf ein Minimum reduzieren will.

Das bestehende dreigliedrige Schulsystem bedeutete in der Konsequenz vor allem eine *soziale Selektion* der Kinder und Jugendlichen.

6. Kommunale Gesundheitspolitik!

Gesundheit ist keine Ware - Gesundheit ist ein Grundrecht!

Jeder Mensch hat Anspruch auf Gesundheit und optimale Krankenversorgung.

DIE LINKE kämpft gegen die Zweiklassengesellschaft im Gesundheitswesen.

Die solidarische Finanzierung der Gesundheits-/Krankheitskosten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, aus der sich niemand verabschieden darf. Armut hat schwerwiegende gesundheitliche Auswirkungen. Sie bewirkt ein erhöhtes Krankheits- und Sterberisiko. Der Kampf gegen Armut ist daher für **DIE LINKE** ein wesentlicher Baustein in der Gesundheitspolitik!

Umgekehrt erhöht dauerhaft schlechte Gesundheit das Armutsrisiko. Die Gesundheitspolitik in Rheinberg muss der Gesundheitsvorsorge und -aufklärung, der Förderung von Selbsthilfe und einer umfassenden Definition von Gesundheit eine wesentlich größere Bedeutung geben.

DIE LINKE tritt in Rheinberg ein für:

- Die Aufwertung des Stellenwerts der Gesundheits – Selbsthilfe. Die Kontaktstellen für Selbsthilfegruppen müssen ausgebaut und publiziert werden um die Arbeit der Selbsthilfegruppen besser zu unterstützen und zu koordinieren;
- Die Anerkennung von Gesundheitspolitik - vergleichbar der Umwelt- und Frauenpolitik - als Querschnittsaufgabe. Alle Planungs- und Entscheidungsprozesse der Verwaltung und der Politik müssen unter gesundheitspolitischen Aspekten geprüft werden;
- Förderung und Ausbau der ambulanten, Teilzeit – und Vollzeitpflege und der Ausbildung qualifizierter Pflegekräfte;
- Die Entkriminalisierung drogenkonsumierender Menschen. Wir brauchen den Ausbau konkreter Integrations- und Qualifizierungsmaßnahmen für Süchtige, damit diese die Chance eines Lebens auch außerhalb ihrer Szene erhalten; die Fortführung der finanziellen Unterstützung von Eingliederungsmaßnahmen, muss gesichert werden;
- Ein Beratungsangebot und Kurse gegen Mangel- und Fehlernährung, für eine gesunde Ernährung für Eltern und Kinder;
- Die Einrichtung einer Krisenberatungsstelle für Kinder, Frauen und Mütter mit einer Vielzahl Anlaufstellen in Zusammenarbeit mit Kinderärzten, Frauenärzten und Hebammen;
- Den stärkeren Einbezug freier Träger oder externer Anbieter in die kommunale Gesundheitsvorsorge und Krankheitsprävention, wie beispielsweise mit Unterstützung von Beratungsstellen für Sexualität o.ä.

7. Für gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen!

Für **DIE LINKE** ist Behindertenpolitik eine Querschnittsaufgabe, die in allen Politikfeldern zu bearbeiten ist. Unser Ziel ist es, behinderten Menschen eine selbst bestimmte Lebensführung und die volle Teilnahme an allen Aspekten des Lebens zu ermöglichen.

DIE LINKE tritt in Rheinberg ein für:

- Den Ausbau ambulanter sozialer Dienste;
- Die barrierefreie Ausgestaltung des öffentlichen Raumes und öffentlicher Gebäude bei allen Neu- und Umbauten;
- Beratungsangebote für alle Bauwilligen hinsichtlich der Möglichkeiten barrierefrei zu bauen – dadurch erübrigen sich spätere teurere Umbauten;
- Beratung von Betroffenen durch Betroffene;
- Selbstbestimmte Assistenz statt fremdbestimmte Betreuung; „Hilfen aus einer Hand“ statt ständig wechselndes Pflegepersonal; Mehr integrative Kindergärten und Schulen, damit Kinder frühzeitig und ohne Vorbehalte mit und voneinander lernen können;
- Die Verbesserung und den Ausbau der Frühförderung behinderter Kleinkinder, hier müssen die freien Wohlfahrtsverbände mit einbezogen werden;
- Den Ausbau von Mehrgenerationen-Spielplätzen;
- Qualifizierung der Verwaltungsbeschäftigten, um eine bestmögliche Hilfestellung für Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten.

8. Die Würde des Menschen ist unantastbar – auch im Alter!

Das Alter ist ein Lebensabschnitt mit eigenen Ansprüchen und Bedürfnissen, die nicht nur auf die Begriffe Rente, Pflege und Kosten reduziert werden dürfen.

Wir fordern die Erstellung eines langfristig konzipierten kommunalen Altenhilfeplanes. Dieser muss in Zusammenarbeit mit dem Kreis und dessen Kommunen, der Verwaltung und dem Seniorenbeirat die Inhalte und Richtlinien für die kommunale Seniorenpolitik erstellen.

Der gesellschaftlichen Ausgliederung der Seniorinnen und Senioren muss entgegen gewirkt, und die Sicherung der Altenpflege ohne Pflegenotstand gewährleistet werden.

DIE LINKE tritt in Rheinberg ein für:

- Die Möglichkeit, dass ältere Menschen, wenn sie es wünschen und solange es möglich ist, in ihrem gewohnten Umfeld bleiben können;

- Begegnungsangebote in erreichbarer Nähe (u.a. Sport, Bildung, Kultur, Freizeitgruppen);
- Förderung der Mobilität der Seniorinnen und Senioren durch den ÖPNV;
- Die Sicherstellung und Verbesserung der Nahversorgung in allen Stadt- und Ortsteilen; die Ansiedlung von CAP-Märkten oder die Versorgung von Wohngebieten ohne Lebensmittelmärkte mit dem CAP-Mobil soll unterstützt werden;
- Den Aufbau unabhängiger, dezentraler Pflegeberatungsstellen;
- Unangemeldete Kontrollen in den Heimen durch die Heimaufsicht;
- Die Verbesserung und Erweiterung der Angebote zur Behandlung von an Demenz erkrankten Menschen (Pflegestellen) dabei auch Verbesserung der Hilfe für pflegende Angehörige.

9. Privatisierung!

Keine Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen - Rekommunalisierung bereits privatisierter Bereiche!

DIE LINKE steht für Erhalt und Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen lehnt **DIE LINKE** grundsätzlich ab.

Bereits privatisierte Bereiche müssen rekommunalisiert werden. Die Ausrichtung an Effizienzkriterien der privaten Wirtschaft führt zur Verschlechterung der Arbeits- und Bezahlungsbedingungen und des Services. Die umfassende Versorgung der Bevölkerung muss unabhängig von der persönlichen Leistungskraft oder dem Einkommen der Menschen in Rheinberg sichergestellt werden.

Diese Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge und der öffentlichen Dienstleistungen sind überwiegend durch Steuergelder finanziert. Sie sind Eigentum der Menschen und müssen demokratisch kontrolliert und gestaltet werden. Das umfasst sowohl die demokratische Kontrolle und politische Entscheidungsmöglichkeit durch die Stadtverwaltung und vor Allem durch direkte Demokratie in Form von Bürgerentscheiden und Bürgerbegehren.

Deshalb lehnt **DIE LINKE** auch die Umwandlung öffentlicher Einrichtungen in private Rechtsgesellschaften wie GmbHs ab. Sie sind die Vorstufe von Privatisierung, Tariffucht und Kontrollflucht.

Auch die zunehmende Beteiligung von privaten Investoren an öffentlichen Projekten (PPP Public-Private-Partnership) lehnen wir ab. Langfristig wird das für die Kommunen teurer, die öffentliche Kontrolle geht verloren.

DIE LINKE tritt in Rheinberg ein für:

- **Rekommunalisierung der NIAG!**
Die Sicherstellung des ÖPNV ist Aufgabe des Kreises Wesel und ihrer Kommunen. Die Einflussmöglichkeit der Politik auf Entscheidungen, wie die Einführung des Sozialtickets, muss in vollem Umfang wiederhergestellt werden;
- **Den Erhalt des Systems der öffentlich-rechtlichen Sparkassen.** Zur Sicherstellung einer angemessenen Erfüllung des öffentlichen Auftrags der Sparkassen ist die Aufrechterhaltung der öffentlichen Rechtsform in kommunaler Trägerschaft als allein mögliche Organisationsform zwingend geboten. Die Sparkassen versorgen alle Menschen mit Finanzdienstleistungen und haben sich – als einzige Gruppe im Kreditsektor – verpflichtet, ein „Girokonto für Jedermann“ zu führen. Wir fordern darüber hinaus ein kostenfreies Girokonto für Menschen mit einem Einkommen bis zur Armutsgrenze. Eine Privatisierung der Sparkassen bedeutet schmerzhaftes Einschnitte in diese Infrastruktur, da eine entsprechende Gemeinwohlorientierung privater Anteilseigner zumindest äußerst zweifelhaft ist;
- **Öffentlich geht vor privat;**
- **Ein breites und qualitativ gutes Angebot an Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge.** Die städtischen Unternehmen und Betriebe haben einen sozialen Auftrag und sind dazu verpflichtet, die sozialen Grundrechte der Menschen durch soziale Dienstleistungen und eine sozialen Tarifstruktur einzulösen.
- **Keine Privatisierung von öffentlichem Eigentum; was das Volk bezahlt hat, gehört ihm auch;**

10. Sozialticket!

DIE LINKE fordert die Einführung eines Sozialtickets für die Stadt Rheinberg und darüber hinweg natürlich kreisweit.

Wer arm ist, darf nicht vom kulturellen und gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Soziale Teilhabe und Mobilität sind Grundvoraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben.

Für viele Bewohner Rheinbergs ist das Fahren mit Bahn und Bus unerschwinglich geworden: ältere Menschen mit geringfügigen Renten, Menschen, die von den Hartz-IV-Gesetzen betroffen sind, Menschen in schlecht bezahlten Jobs an der Armutsgrenze und Empfänger von Sozialgeld.

Bereits alltägliche Wege wie Einkaufen, Arztbesuche oder Behördengänge werden so zum unüberwindlichen Problem, ebenso die lebenswichtige Pflege sozialer Kontakte über das unmittelbare Lebensumfeld hinaus.

Eine Fahrt von Millingen zur ARGE und zurück kostet heute innerhalb Rheinbergs 2,20 €, eine Fahrt nach Moers 4,10 €. Dabei stehen Empfängern von ALG II und Sozialgeld nach dem Regelsatz gerade einmal ca. 15 € monatlich für Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Verfügung. Das entspricht maximal vier Hin- und Rückfahrten.

Das Sozialticket könnte einen wesentlichen Beitrag leisten, eine angemessene Mobilität bei den betroffenen Menschen zu fördern und zudem eine wichtige Hilfestellung gerade auch für arbeitssuchende Menschen bieten.

DIE LINKE tritt in Rheinberg ein für:

- die umgehende Einführung des Sozialtickets im öffentlichen Personennahverkehr. Bezugsberechtigt sind alle Menschen mit Hauptwohnsitz in Rheinberg, deren Einkommen im Bereich von SGB II/ALG II liegt;
- ein Sozialticket, das im gesamten Geltungsbereich der VGN nutzbar ist. Es soll pro Monat nicht mehr als 15 € für Erwachsene kosten (Kinder und Jugendliche entsprechend ermäßigt);

11. Für eine transparente und bürgerorientierte Finanzpolitik!

DIE LINKE tritt für eine Haushaltspolitik in Rheinberg ein, die sich am Gemeinwohl der Menschen orientiert und die eine leistungsstarke Infrastruktur sichert und erweitert. Erhalt und Ausbau öffentlicher Daseinsvorsorge hat einen zentralen Stellenwert bei der finanziellen Ausrichtung der Stadt einzunehmen.

Die neoliberale Politik hat dazu geführt, dass Städte, Gemeinden und Kreise ihr Handeln immer mehr einem betriebswirtschaftlichen Diktat unterwerfen, statt sich dem Gemeinwohl verpflichtet zu sehen.

Die Umstellung der bisherigen kameralistischen auf die doppische Haushaltsführung im Rahmen des NKF führt zu einer weiteren Umorientierung, hin zu rein betriebswirtschaftlicher Sichtweise.

Die neuen Prinzipien der Haushaltsführung müssen jedoch genutzt werden, um das öffentliche Vermögen zu erhalten und das Angebot und die zu erbringenden Leistungen für die Menschen zu verbessern

Zentrale Bedeutung erhält dabei die Beteiligung der Menschen durch einen Bürgerhaushalt, der diesen Namen auch verdient. Die Instandhaltung des Infrastrukturvermögens ist fortlaufend zu gewährleisten.

DIE LINKE kämpft dafür, dass Bund und Länder den Kommunen die Mittel bereitstellen, die diese benötigen, um die entsprechende Infrastruktur zu finanzieren. Die Abschreibungen stellen hier die

Mindesthöhe der zu berücksichtigenden Mittel dar. Das Vorhalten einer leistungsstarken Infrastruktur ist auch im Interesse kommender Generationen.

DIE LINKE tritt in Rheinberg ein für:

- eine kontinuierliche Aufgabenkritik und Optimierung von Verwaltungsvorgängen, ohne dies zur Mittelkürzung oder zum Personalabbau zu missbrauchen;
- für die Nutzung von Möglichkeiten zur Erwirtschaftung zusätzlicher Mittel durch Optimierung und Professionalisierung des Finanzmanagements;
- für gleiche und transparente Bewertungskriterien für Vermögenswerte der Stadt;
- für nachhaltige Investitionen;
- für sozial verträgliche Gebühren und Beiträge.

12. Rheinberg – bunt statt braun!

Im Kreis Wesel gibt es eine rechte Szene, von der Gefahren für Andersdenkende ausgehen.

DIE LINKE tritt dieser Entwicklung entschieden entgegen. Wir wollen einen bunten Kreis Wesel und ein offenes, tolerantes und sicheres Rheinberg.

Jeder, ob Privatperson oder öffentliche Institution, ist gefordert, gegen Rassismus und Rechtsextremismus, für Demokratie, Vielfalt und Toleranz einzutreten.

DIE LINKE tritt in Rheinberg ein für:

- die Bereitstellung finanzieller Mitteln zur kommunalen Bildungs- und Aufklärungsarbeit gegen Neofaschismus, besonders an den Schulen des Kreises, den Berufskollegs;
- eine ausreichende finanzielle und personelle Unterstützung der Arbeit der für Integration arbeitenden Bündnisse, Vereine, Initiativen und Projekte in Rheinberg und darüber hinaus kreisweit
- Förderung kultureller und jugendpolitischer Arbeit in Rheinberg gegen Rechts.